

Gemeinsame Erklärung zur Industriekonferenz Brandenburg am 4. März 2025

Die Industrie in Brandenburg ist die treibende Kraft hinter Wertschöpfung, Beschäftigung und sozialer Stabilität. Brandenburg verfügt über starke Wirtschaftszweige in vielen verschiedenen Branchen, darunter den traditionsträchtigen klassischen Grundstoffindustrien wie Stahl-, Zement- und Glasherstellung, Öltraffinerung sowie Chemie und Pharma, aber auch in technologiegetriebenen Segmenten wie der Elektromobilität, die sich erst in den vergangenen Jahren am Standort Brandenburg fest etabliert haben. Darüber hinaus ist Brandenburg seit langem ein verlässlicher Energiestandort und soll dies auch in Zukunft bleiben. Durch eine starke industrielle Basis werden - unterstützt durch den Mittelstand - Wertschöpfungsketten etabliert, die direkt auf zahlreiche weitere Wirtschaftsbereiche wie z. B. den Dienstleistungssektor, die Baubranche, den Handel, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen oder die Digitalwirtschaft ausstrahlen. Die über 5.000 Industrieunternehmen mit mehr als 100.000 Beschäftigten bestimmen daher die wirtschaftliche Dynamik in unserem Land entscheidend mit und sind zentral für das Fundament unseres Wohlstandes. Vor allem im Lausitzer Revier, in der Raffinerieregion Schwedt, in den Standorten der Stahlproduktion und dem Berliner Umland bieten Industrieunternehmen nicht nur gut bezahlte Arbeitsplätze. Sie sind Herz und Rückgrat ganzer Regionen, prägen die Identität der Bürgerinnen und Bürger und verbinden Menschen über gesellschaftliche Grenzen hinweg.

Aktuell steht die Industrie weltweit vor großen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen, die sich auch in Deutschland zuletzt erheblich verschärft haben. Die Ankündigung der USA, neue Zölle zu erheben, birgt die Gefahr eines weltweiten Handelskrieges, unter dem letztendlich alle Länder leiden würden. Es bedarf einer entschlossenen und wirksamen Antwort der Europäischen Union sowie der Deutschen Regierung. Der Europäische Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Weil wir gemeinsam als Europäer stark sind, sollten wir selbstbewusst in Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung treten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Industriekonferenz stimmen darin überein, dass im Rahmen einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern zeitnah die richtigen Weichenstellungen zu treffen sind, um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Industrie sicherzustellen, der Verlagerung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen ins Ausland entgegenzuwirken und Impulse für Wachstum und Investitionen zu setzen. Dabei wird es vor allem auf folgende Punkte ankommen:

- **Energie:**

Wettbewerbsfähige und stabile Strom- und Gaspreise sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Brandenburg - insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Zuge der klimaneutralen Transformation zahlreiche Industrieprozesse elektrifiziert werden sollen. Dazu bedarf es einer Reihe an konkreten und zeitnah umzusetzenden Sofortmaßnahmen: Diese betreffen vor allem die Abschaffung der Gasspeicherumlage durch Tilgung aus dem Bundeshaushalt sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestwert. Wesentlicher Kostentreiber des Strompreises ist das Abgaben- und Umlagesystem des Netzausbaus, das grundlegend reformiert werden muss, um Kosten zu senken und diese langfristig planbar zu halten. Zudem sollte der

Netzausbau kosteneffizient erfolgen und der Erdkabelvorrang abgeschafft werden. Nachdem die Bundesnetzagentur im Januar 2025 die Netzentgelte für die Verteilnetze angepasst hat, muss die neue Bundesregierung auch die Kosten für die Übertragungsnetzentgelte durch einen Zuschuss oder eine Deckelung senken. Die Nutzung von regional erzeugtem erneuerbaren Strom muss für Unternehmen einen Kostenvorteil generieren. Außerdem muss ein zeitlich begrenzter Industriestrompreis eingeführt und die Strompreiskompensation verlängert sowie auf weitere Branchen ausgeweitet werden. Bei der Standortsuche für steuerbare Kraftwerke, die für die Versorgungssicherheit und das Gelingen der Energiewende maßgeblich sein werden, sind die Brandenburger Kraftwerksstandorte mit ihren qualifizierten Beschäftigten und der vorhandenen Infrastruktur diskriminierungsfrei zu berücksichtigen, damit die Lausitz auch in Zukunft Energiestandort bleibt. Dafür braucht es eine schnelle Entscheidung der Bundesregierung zur Kraftwerksstrategie. Für eine sichere Energieversorgung müssen Anreize geschaffen werden, dass der steigende Anteil der volatil zur Verfügung stehende Erneuerbaren Energien auch effizient und flexibel in das Energiesystem integriert werden kann.

Wasserstoff wird ein wichtiger Baustein für die Dekarbonisierung der Industrie sein. Alle Akteure der Wasserstoffwirtschaft benötigen dringend klare, stabile und zuverlässige Rahmenbedingungen – auch für die notwendigen Vorhabenträger – mit einem Zeithorizont über das Jahr 2040 hinaus. „Weiße Flecken“ im Wasserstoffkernnetz in den Ländern sind zwingend zu vermeiden.

Mit der **PCK Raffinerie** in Schwedt trägt Brandenburg wesentlich zur Versorgungssicherheit in Ostdeutschland, aber auch darüber hinaus bei. Der russische Angriffskrieg hat die Raffinerie vor enorme Herausforderungen gestellt, die seitens des Unternehmens und der Beschäftigten bislang in anerkannter Weise bewältigt wurden. Die Zukunftsfähigkeit des Raffineriestandortes Schwedt darf auch weiterhin nicht in Frage gestellt werden und erfordert ein Höchstmaß an Unterstützung durch das Land und den Bund im internationalen Wettbewerb.

- **Bürokratieabbau:**

Ausufernde bürokratische Hürden sind für Industrieunternehmen ein ernstes Investitionshemmnis und gravierender Standortnachteil. Von der europäischen über die Bundes- und Landesebene bis hin zu den Kommunen ist daher ein einschneidender **Bürokratieabbau** erforderlich. Damit Deutschland und Europa als starke Industriestandorte bestehen können, ist ein Zusammenspiel aus den richtigen Rahmenbedingungen und einem ermöglichenden Regulierungsumfeld unerlässlich. Insbesondere für Unternehmen in der Transformation ist ein breiter Lösungsrahmen wichtig, der Innovation ermöglicht und gleichzeitig Beschäftigung sichert. Mit dem Sonderausschuss für Bürokratieabbau im Landtag Brandenburg und der Schwerpunktsetzung der Landesregierung bei der Überprüfung von Normen und Regelungen wird dieser Prozess in Brandenburg vorangetrieben. Regelungen, Standards und Verfahren sollen auf das europäische Minimum reduziert und auf allen Ebenen nur dann neu eingeführt werden, wenn sichergestellt ist, dass an anderer Stelle Bürokratie entfällt. Es wird erwartet, dass die Bundesregierung gleichfalls ihre Bemühungen vehement vorantreibt und bei nationalen Vorgaben nicht über Europäische Standards hinausgeht. Der angekündigte Vorstoß der Europäischen Union zum Bürokratieabbau muss schnellstmöglich

umgesetzt werden und mit spürbaren Entlastungen bei den Unternehmen ankommen. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen muss konsequent vorangetrieben werden. Erste Ansatzpunkte für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen zügig umgesetzt werden. Beschleunigungspotenziale, die sich im Zusammenhang mit der Etablierung eines Net Zero Valley ergeben können, gilt es zu nutzen.

- **Fachkräfte**

Die **Fachkräfte** sind das wertvollste Kapital der Brandenburger Industrie. Um dieses Kapital zu erhalten, braucht es attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze. Durch die umfangreiche Transformation entstehen neue Anforderungsprofile, wofür die Beschäftigten ausgebildet und weiterqualifiziert werden müssen. Konkrete Bedarfe und Maßnahmen für Weiterbildung und Qualifizierung sind zwischen Unternehmen und Beschäftigungsvertretern auszuhandeln. Die staatlichen Ebenen müssen mit geeigneten Maßnahmen diese Prozesse flankieren. Die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften, die von den Industrieunternehmen dringend benötigt werden, muss schneller und pragmatischer ausgestaltet werden. Damit ausländische Fachkräfte in der Brandenburger Industrie anpacken können, braucht es in Unternehmen und Gesellschaft ein Klima, das von Wertschätzung, Weltoffenheit und Toleranz geprägt ist.

- **Grundstoffindustrie:**

Als Ausgangspunkt zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten spielt die **Grundstoffindustrie** eine tragende Rolle. Gleichzeitig ist die Herstellung dieser Produkte besonders CO₂- und energieintensiv. Bei der Transformation der Herstellungsprozesse braucht es daher ein besonderes Augenmerk auf die richtigen Rahmenbedingungen. Die Bepreisung von CO₂ darf nicht dazu führen, dass der hiesige Unternehmensstandort gefährdet wird. Daher sind Anreize für eine verstärkte Marktnachfrage nach nachhaltigen Produkten notwendig. Zeitnah sollte die geplante Änderung des Kohlendioxidspeicher- und Transportgesetzes auf den Weg gebracht werden, um den Industriebranchen mit schwer bzw. nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Von der Europäischen Union erwarten wir, dass sie die Interessen der europäischen Industrie im internationalen Wettbewerb konsequent schützt und wettbewerbsverzerrende Bedingungen durch in der Praxis geeignete Maßnahmen ausgleicht. Das Ziel muss sein, Carbon Leakage zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer Erzeugnisse der Grundstoffindustrien auch bei veränderten Weltmarktbedingungen zu erhalten.

Mit der geographischen Lage im Herzen von Europa, hervorragend ausgebildeten Fachkräften, einem guten Zugang zu Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, einem hohen Potenzial an Industrieflächen und dem Spitzenplatz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien bietet Brandenburg in Summe gute Voraussetzungen für die Entwicklung von Industrieunternehmen. Bei der Vereinigung von industriellem Wachstum und Klimaschutz konnte Brandenburg in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielen. Diese Erfolge sind auch einem guten Miteinander von Politik, Unternehmen, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften zu verdanken, das über Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze hinweg von einem kontinuierlichen Austausch, gegenseitigem Zuhören und dem Glauben an die Kraft des besseren Arguments



geprägt ist. In diesem Sinne werden wir uns auch weiterhin gemeinsam und entschlossen für einen prosperierenden Wirtschaftsstandort Brandenburg einsetzen.